

Kurzbericht

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

(27. - öffentliche - Sitzung am 29. September 2026)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11240](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**
Unterrichtung - [Drs. 19/11406](#)

Die Kommission nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung über Maßnahmen im Bereich Migration und Teilhabe entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Sie beschließt einvernehmlich, dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen einen Auszug aus der Niederschrift über die mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung sowie die schriftliche Stellungnahme der Türkischen Gemeinde in Niedersachsen e. V. zum Haushaltsplanentwurf als Unterlagen für dessen weitere Beratungen zukommen zu lassen.

2. **Keine Ausweitung von Abschiebungen nach Afghanistan**
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände
(§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission beschließt einvernehmlich eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung über die Abschiebungspraxis in Niedersachsen.

3. **Gewalt an Schulen entschlossen begegnen - für mehr Sicherheit an Schulen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8961](#)

Die Kommission vertagt die Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme der Kommission gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 3 GO LT.

Er beschließt, den Vertreterinnen und Vertretern der Verbände, die der Kommission angehören, die Möglichkeit einzuräumen, bis zur nächsten Sitzung Vorschläge für eine Stellungnahme an den Kultusausschuss vorzulegen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10433](#)

Die Kommission führt die Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 3 GO LT durch. Sie beschließt einvernehmlich, dem - federführenden - Kultusausschuss die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten

und Flüchtlinge in Niedersachsen und des Migrant*innen-Netzwerkes Niedersachsen zur Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung als Stellungnahme gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 3 GO LT zukommen zu lassen.

5. **Verschiedenes**

Die Kommission verständigt sich darauf, von der Anhörung weiterer Sachverständiger zu den Anträgen „Diskriminierung und Rassismus im Gesundheitswesen“ und „Diskriminierungsarme Zugänge zur Gesundheitsversorgung in Niedersachsen schaffen“ abzusehen.